

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: **Krieg kennt keine Gewinner*innen: Unsere Antwort heißt Solidarität!**

Antragstext

1 Bereits 2014 begann Putin in der Ukraine mit der völkerrechtswidrigen Annexion
2 der Krim durch russische Separatisten, die vom Kreml unterstützt werden, einen
3 Krieg der tausenden Menschen das Leben kostete.
4 Doch die neue Stufe des Krieges, der in aller Härte gegen die Zivilbevölkerung
5 eines souveränen Staates vorgeht, schockt uns und
6 macht uns zutiefst betroffen. Wir verurteilen den Krieg Putins gegen die Ukraine
7 und gegen alle, die unter ihm Leid erfahren. Dieser Bruch des Völkerrechts muss
8 beendet werden!

9 Zudem begreifen wir ihn im weiteren Sinne als einen Krieg gegen die
10 Menschenrechte, gegen die Chance auf eine stabile europäische Friedensordnung
11 und gegen die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit! Denn das Leid der
12 Menschen in der Ukraine und der Mut der unter härtesten Repressionen
13 demonstrierenden Menschen in Russland zeigt, dass wir all jenes nicht als
14 selbstverständlich betrachten dürfen. Und dafür müssen wir auch vor Ort laut
15 werden!

16 Wir müssen in ganz NRW solidarisch sein, wir können Zeichen setzen, die auch bei
17 Putin ankommen. Indem wir Demos organisieren, unsere Unterstützung öffentlich
18 ausdrücken und eine klare Sprache gegen Putin nutzen. Vor allem aber können wir
19 Solidarität praktisch machen, indem wir zusammenstehen und ALLE Geflüchteten aus
20 der Ukraine aufnehmen. Indem wir die Menschen, die aus dem Krieg fliehen
21 willkommen heißen und gut versorgen.

22 Es ist unsere solidarische und humanitäre Pflicht auch wirklich alle in der EU
23 aufzunehmen, dabei dürfen wir uns nicht vom Rassismus leiten lassen. Lasst uns
24 staatliche Strukturen nutzen und verbessern und dabei die große Kraft der
25 solidarischen und starken Zivilgesellschaft mitnehmen. Und ja das sollte nicht
26 nur jetzt gelten und das sollte nicht nur für Ukrainer*innen gelten. Und auch
27 wenn der Einsatz der Zivilgesellschaft schon beeindruckend ist, gibt es für eine
28 gute Aufnahme in NRW noch einiges zu tun und zu ändern.

29 **NRW hat Platz!**

30 Wir fordern daher eine klare Strategie der Landesregierung ein, die für die
31 Solidarität und Hilfsbereitschaft der Menschen einen konkreten politischen
32 Rahmen gestaltet. Dieser setzt die Erkenntnis voraus, dass der Rückbau von
33 Kapazitäten in Unterkünften und Verwaltungen durch die derzeitige
34 Landesregierung der falsche Weg war. Die Sozialämter sind überlastet und können
35 vielen hilfesuchenden Menschen nicht die Hilfe geben, die sie dringend
36 benötigen. Entsprechend fordern wir, dass die Kreise und Kommunen vom Land
37 finanziell unterstützt werden, um die notwendigen Ressourcen schnell und gezielt
38 aufbauen zu können. Dazu muss sich NRW im Bundesrat dafür einsetzen, dass der
39 Bund die Kosten für die Unterkunft über die bisher erstattungsfähigen 69% der
40 Gesamtkosten übernimmt. Um angesichts der ungewissen Notlage angemessen
41 reagieren zu können, fordern wir zudem, dass die Landeskapazitäten flexibel
42 erweitert werden können und nicht an einer Politik der Obergrenze pauschal
43 gedeckelt werden.

44 **Solidarität bedeutet gute Versorgung vor Ort**

45 Es ist super, dass sich die Geflüchteten aus der Ukraine frei bewegen können.
46 Aber wirkliche Aufnahme heißt, dass wir für alle eine gute Versorgung und echte
47 Teilhabe gewährleisten. Die Menschen fliehen vor Krieg, haben oftmals alles
48 verloren und sind häufig traumatisiert.

49 Wir müssen den Menschen die zu uns kommen, alles ermöglichen, was es für ein
50 gutes Leben braucht. Deshalb fordern wir für alle:

- 51 • Eine schnelle dezentrale Wohnunterbringung.

- 52 • Eine schnelle Eingliederung in Schule, Kitas, den Arbeitsmarkt und soziale
53 Unterstützungssysteme. Dafür muss das Land seine Mittel "Hilfen zur
54 Gesundheit" und "Pflege" erhöhen und neue Begebenheiten auch in der
55 Ausfinanzierung des KiBiz (Kinderbildungsgesetz) berücksichtigen!

- 56
- Ausreichende psychologische Beratung und Betreuung

57 **Eine humaner Umgang mit allen Geflüchteten**

58 Diese gute Versorgung und Strategie muss für ALLE gelten.
59 An der Grenze werden beispielsweise Schwarze Studierende aus der Ukraine
60 schlechter behandelt, wir müssen diesem offenem Rassismus entgegentreten.
61 Genauso selbstverständlich müssen unsere Türen auch für Russ*innen geöffnet
62 sein, die von Putins Schreckensherrschaft fliehen. Und wir müssen auch einen
63 besonderen Blick auf marginalisierte Gruppen haben, so sind es beispielsweise
64 queere Menschen, die sowohl in der Ukraine, als auch in Russland unter dem Krieg
65 und der Situation besonders leiden. Auch Behinderte Menschen haben es schwerer
66 auf und nach der Flucht - z.B. weil Unterkünfte nicht barrierefrei sind.
67 Deswegen braucht es sichere Fluchtwege für alle und gleichberechtigte
68 Bedingungen nach Ankunft in Nordrhein-Westfalen. Behinderte Menschen haben es
69 schwerer auf und nach der Flucht - z.B. weil Unterkünfte nicht barrierefrei
70 sind. Es braucht inklusive Fluchtwege und gleichberechtigte Bedingungen nach
71 Ankunft der Geflüchteten in Deutschland. Zuletzt darf die Unterbringung der
72 neuen Geflüchteten auch keinesfalls zur schlechteren Behandlung von denen
73 führen, die bereits in NRW Schutz gefunden haben.

74 Wir sehen eine Debatte, die Geflüchtete in gut/schlecht und echt/unecht
75 unterteilt. Wir treten dieser Zwei-Klassen Behandlung als GJ NRW entschlossen
76 entgegen. Eine gute Versorgung und eine unkomplizierte Aufnahme muss für alle
77 die von Krieg und Unrecht fliehen, gewährleistet werden. Wir fordern deswegen
78 schon lange von der Landesregierung ein groß angelegtes Landesaufnahmeprogramm
79 für Geflüchtete und eine gute Versorgung und Betreuung. Unsere Solidarität gilt
80 den Ukrainer*innen, den Oppositionellen in Russland und allen Menschen, die vor
81 Krieg und Terror fliehen!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: Profite pflegen keine Menschen!

Antragstext

1 Die Pandemie hat noch mal deutlich gezeigt: Unser Gesundheitssystem hat ein
2 Problem. Pflegekräfte schieben andauernd Überstunden, Operationen müssen
3 verschoben werden, Patien*innen können kaum mitbestimmen und an einen
4 Psychotherapieplatz zu kommen ist fast unmöglich. Gleichzeitig fahren Helios und
5 Co. Millionengewinne ein.

6 Durch die schrittweise Privatisierung von Krankenhäusern, die Einführung des
7 Fallpauschalensystems und den immer schlechteren Pflegeschlüssel wurde es für
8 private Krankenhausbetreiber immer leichter, Profite auf Kosten unserer
9 Gesundheit zu machen. Aber Profite pflegen keine Menschen - deshalb braucht es
10 im Gesundheitssektor eine entschiedene Abkehr von jeder Profitlogik!

11 Bedarfsgerecht statt pauschal

12 Seit den 90er Jahren wurde in Deutschland Klinik nach Klinik aus der
13 öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft übertragen. Hintergrund ist nicht bloß
14 eine neoliberale Logik, nach der das Gesundheitswesen angeblich besser und
15 effizienter funktioniert, wenn es durch Marktmechanismen bestimmt wird. Zur
16 Wahrheit gehört auch, dass vielen Kommunen keine andere Wahl blieb, als
17 Wohnraum, Grünfläche und eben auch Kliniken dem Verkauf freizugeben. So konnten
18 leere Kassen kurzfristig gefüllt und dem Bankrott entkommen werden.

19 Langfristig hat die Privatisierung allerdings fatale Folgen. Die Gesundheit der
20 Bevölkerung wird als Ware auf dem freien Markt gehandelt, mit ihr machen die

21 Anteilseigner*innen großer Klinikkonzerne tagtäglich Profite. Es werden die
22 Leistungen angeboten, die sich rentieren. Es werden nur genauso viele
23 Pflegekräfte eingestellt, wie es zwingend benötigt - oder sogar noch weniger.
24 Uns ist klar: Mit diesem System muss Schluss sein. Gesundheit ist
25 Daseinsvorsorge!

26 2004 erreichte die Idee der Gesundheit als Ware mit der Einführung des
27 Fallpauschalensystems ihren traurigen Höhepunkt. Seitdem werden nicht mehr die
28 laufenden Kosten der Krankenhäuser gedeckt, sondern pro Fall ein Pauschalbetrag
29 ausgezahlt. Gut planbare, teure Eingriffe (wie Hüftoperationen) sind dadurch
30 lukrativer als die Bereithaltung von selten gebrauchten Intensivbetten und
31 Intensivpfleger*innen. Eine Orientierung nach tatsächlichen Bedarfen ist mit
32 diesem System schlicht nicht möglich.

33 **Solidarisch an der Seite von Notruf NRW - Für Pflegekraft und Patient*in!**

34 Um den Profit der Klinikkonzerne so hoch wie möglich zu halten, wird also
35 gespart, wo auch immer es möglich ist. So sind immer weniger Pflegende für immer
36 mehr Patient*innen zuständig. Die Folgen sind Überlastung, Ausfälle und
37 schlechte Versorgung. Wem die viel zu geringe Bezahlung noch nicht zum Ausstieg
38 aus dem Pflegeberuf gebracht hat, der*die wird spätestens durch die gravierende
39 Unterbesetzung zum Ausstieg getrieben.

40 Vielen Pflegenden macht ihr Beruf zwar grundsätzlich Spaß. Aber allein auf das
41 gute Herz der Pflegekräfte und auf leeren Applaus zu setzen ist fatal und führt
42 mittelfristig zum Zusammenbruch des Systems. Es fängt schon in der Ausbildung
43 an. Wir brauchen bessere Ausbildungsbedingungen, die auch das Patient*innenwohl
44 und zum Beispiel Diskriminierungen in die Lehrpläne der Pflegeberufe
45 mitaufnimmt. Außerdem braucht es viel bessere Arbeitsbedingungen inklusive
46 progressivem Pflegeschlüssel, einer Aufwertung des Pflegeberufes in der
47 Ausbildung und einem spürbar höheren Lohn.

48 Wir stehen deshalb solidarisch an der Seite aller Streikenden der Kampagne
49 "Notruf NRW", die gerade in 6 Unikliniken im ganzen Land Druck macht. Die
50 Beschäftigten stehen laut ein für eine echte Entlastung, mehr Personal und eine
51 bessere Ausbildungsqualität - wir kämpfen an ihrer Seite und schließen uns ihren
52 Forderungen an! Diese Veränderungen würden direkte Verbesserungen für viele
53 Beschäftigte und Patient*innen im Gesundheitssektor bringen.

54 **Wieder selbst entscheiden**

55 Gleichzeitig ist uns schmerzlich bewusst, dass die hohe Belastung der

56 Beschäftigten Folge eines systemischen Problems ist, dass auch nur systemisch
57 angegangen werden kann. Die Frage, welche Versorgung vor Ort tatsächlich
58 gebraucht wird, kommt in der Profitlogik großer Klinikkonzerne nicht vor. Das
59 hat fatale Folgen. Die gesundheitliche Versorgung auf dem Land ist oft
60 unterirdisch, an manchen Orten fährt man bis zum nächsten Kreißaal viel zu
61 lange und auch bei der Psychotherapie sind die Bedarfe bei weitem nicht gedeckt.
62 Die neuen Pläne zur Krankenhausreform der Landesregierung könnten dieses Problem
63 noch verstärken.

64 Um die Versorgung wieder an dem zu orientieren, was tatsächlich gebraucht wird,
65 braucht es kein zögerliches Gegensteuern. Nur eine Abkehr von der Profitlogik
66 kann die gravierenden Probleme tatsächlich lösen. Dazu müssen Kliniken zurück in
67 die kommunale Hand überführt und auskömmlich finanziert werden. Die Kommunen und
68 Städte können als kleinste Einheit am besten darüber entscheiden, was vor Ort
69 gebraucht wird. Eine Stadtgesellschaft könnte sich über die Zustände der
70 örtlichen Gesundheitsversorgung austauschen und gemeinsam an sinnvollen Lösungen
71 arbeiten. Die Frage, was vor Ort tatsächlich gebraucht wird, könnte ins Zentrum
72 der Entscheidung rücken. Davon hätten wir alle etwas - gestalten wir das
73 Gesundheitssystem neu, rücken wir Patient*innen und Pflegekräfte in den
74 Mittelpunkt!

75 Wir fordern:

- 76 • Eine Abschaffung des Fallpauschalensystems
- 77 • Eine deutliche Senkung des Pflegeschlüssels
- 78 • Eine sofortige Erhöhung des Einstiegsgehalts in der Pflege auf 4000 €
79 brutto
- 80 • Auskömmliche Finanzierung kommunaler Krankenhäuser
- 81 • Langfristig die vollständige Rekommunalisierung aller Kliniken in NRW

Begründung

Erfolgt mündlich.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: Awareness

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND NRW ist ein Ort, an dem wir gemeinsam Politik machen. In einem
2 Jugendverband wie unserem gibt es auch Streit, Probleme und auch hier erleben
3 Menschen Diskriminierung. Schlicht weil wir auch hier keine perfekte Utopie
4 leben können und Teil dieser Gesellschaft sind. Aber wir sind alle dafür
5 verantwortlich, dass sich jeder Mensch in der GJ NRW wohlfühlt und eine gute
6 Zeit hat.

7
8 Auf unseren jetzigen Landesmitgliederversammlungen haben wir dafür Awareness-
9 Personen, die ansprechbar bei akuten Problemen sind und mit einem ruhigen Raum
10 und einem ersten Gespräch versuchen zu helfen. Sie leiten weiter an
11 Ombudspersonen, an die Notfallseelsorge oder wenn nötig an das
12 Landesschiedsgericht. Awareness-Personen sind deswegen sehr wichtig für unseren
13 Verband. Aber vieles können und sollen Awareness-Personen nicht leisten.
14 Awareness-Personen sind keine ausgebildeten Seelsorger*innen oder
15 Psycholog*innen und sind deshalb von triggernden und überfordernden Erfahrungen
16 soweit es möglich ist zu schützen.

17
18 Das bedeutet auch, dass in Gesprächen mit Betroffenen zuvor von beiden Seiten
19 Grenzen gesetzt werden. Das heißt: Auch Awareness-Personen machen zu Beginn
20 klar, über welche Themen sie nicht sprechen. Dies wird vor Veranstaltungen der
21 Grünen Jugend NRW klar formuliert. Ebenso sollte klar kommuniziert werden: Das
22 Awareness-Team ist für bestimmte Themen allgemein nicht zuständig. Hier wird auf
23 professionelle Beratungen hingewiesen. Darunter fallen auch Angebote der GRÜNEN.
24 So haben z.B. die GRÜNEN NRW Ombudspersonen, an die sich Personen insbesondere
25 bei Gewalt wenden können. Diese - und eigene Angebote - bewerben wir aktiv auf
26 der Homepage und in Rundmails wie der Monats-Mail.

27
28 Deswegen führen wir in der GRÜNEN JUGEND NRW einen Awarenesspool ein. Dieser
29 Pool besteht aus genügend transparent ausgewählten Menschen, die ehrenamtlich
30 Veranstaltungen des Landesverbandes begleiten. Die Menschen aus dem
31 Awarenesspool sind nicht verpflichtet, auf den Veranstaltungen als Awareness-
32 Personen aufzutreten, sondern werden angefragt und können zu- oder absagen. Das
33 ist insbesondere wichtig, um auf die mentale Gesundheit der Awareness-Personen
34 zu achten.

35

36 Alle Menschen im Awareness-Pool bekommen speziell an ihre Aufgaben angepasste
37 Schulungen. Dabei geht es darum: Die Awareness-Personen sollen wissen, welche
38 Aufgaben sie in der Grünen Jugend NRW übernehmen sollen. Worauf sie als
39 Awareness-Personen achten müssen. Wie sie Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen
40 helfen können. Wo ihre persönlichen Grenzen sind. Mindestens die Hälfte der
41 Awareness-Personen im Pool und auf den Veranstaltungen besteht aus FINTA*
42 (Frauen, inter*, nicht-binäre, trans*, agender) Personen.

Begründung

Was meinen wir mit **Awareness**? Unser Wortschatz und wie wir ihn verwenden enthält z.B. ableistische Formulierungen. Den meisten von uns fällt das gar nicht auf.

Wir werden alle ableistisch sozialisiert. Wir haben also alle ableistische Denkmuster und Verhaltensweisen verinnerlicht. Das fällt uns oft aber erst auf, wenn wir mit der Nase drauf gestoßen werden (/rw). Ähnlich ist es mit anderen Diskriminierungsformen.

Deswegen brauchen wir Weiterbildung und Sensibilisierung.

Personen sollen in Veranstaltungen (wie Workshops) direkt und ohne Hürden um Hilfe bitten können. Wir brauchen aber auch abseits der Landesmitgliederversammlungen die Awareness-Gruppe.

Kontaktmöglichkeiten können Betroffenen helfen.

Wenn wir Ableismus erkennen und benennen können, sind wir in der Lage dagegen vorzugehen und unseren Landesverband nach vorne zu bringen. Dann gewinnen wir motivierte Mitkämpfer*innen für mehr Gerechtigkeit, die momentan durch Barrieren und Diskriminierung ausgebremst werden.

Wie eine dauerhafte Awareness-Gruppe funktionieren kann, zeigt uns Brandenburg. Dort wird die Awareness-Gruppe in der Satzung festgeschrieben. So gibt es z.B. einen anonymen Kummerkasten auf der Homepage. Das Awareness-Team hat eine eigene E-Mail-Adresse.

Bei der letzten Landesmitgliederversammlung stand das Thema **Antirassismus** im Mittelpunkt. In verschiedenen Workshops wurde aufgeklärt und sensibilisiert. Mit Anträgen haben wir Forderungen aufgestellt, um Rassismus wirksam und standhaft entgegen zu stehen.

Aber was ist mit erlebtem Rassismus innerhalb unseres Verbandes? Wir bezeichnen uns oft und gerne als offen und links. Wir fordern entschiedenes Vorgehen gegen Diskriminierung und Rassismus bei den Grünen, in NRW und im ganzen Bundesland. Aber in unseren eigenen Reihen geben wir Betroffenen bisher zu wenig Unterstützung. Wir wissen nicht einmal, ob, in welchem Maße und wo Diskriminierung auftritt. Das ist ein Manko (/rw).

Wir verurteilen Seehofers Aussage, es gebe keinen Rassismus in der Polizei - gleichzeitig führen wir selber keine Statistik. Wir müssen Diskriminierung endlich festhalten. Wir müssen die **Statistik** auswerten. Wir müssen Betroffenen zuhören, anonyme Meldungen ermöglichen, sie ernst nehmen und unterstützen. Das ist grüne Politik. Das ist Grüne Jugend.

Erklärungen:

FINTA* steht für Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Geschlechtes Diskriminierung erfahren.

Ableismus bezeichnet die Diskriminierung Behinderter, chronisch / psychisch kranker und oder neurodivergenter Menschen.

"Neurodivergent" wird unterschiedlich definiert.

Unter alle Definitionen fallen Autist*innen, Menschen mit ADHS, Dyslexie (Lese-Rechtschreib-Störung). Bei manchen fallen auch Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen oder hochbegabte & hochsensible Menschen. Neurodivergent sagt aus, dass das Denken und Fühlen von der gesellschaftlich als "Norm" angesehenen Weise abweichen.

Klassismus bezeichnet die Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft. Davon betroffen sind z.B. arme, nicht arbeitende und von staatlichen Leistungen lebende Personen.

LGBTQIANP+ ist eine inklusive Schreibweise, um möglichst viele Gruppen der queeren Community sichtbar zu machen. Wofür steht LGBTQIANP+?

- L = lesbisch
- G = gay. "Gay" steht im Englischen für homo*. In diesem Fall für schwul. In deutsch-sprachigen Kontexten wird oft ein S für schwul verwendet. Es heißt dann: LSBTQIANP+. Gemeint ist die gleiche Gruppe.

- B = bi*
- T = trans*, Two-Spirit
- Q = queer, questioning
- I = inter*
- A = asexuelles & aromantisches Spektrum, agender
- N = nicht-binär
- P = pan*, poly*

Ihr merkt also: Ein Buchstabe kann für mehr als eine Gruppe stehen. Das "*" ist ein Platzhalter für mögliche Endungen. Bei "bi*" kann das z.B. biromantisch, bisexuell oder auch bigender sein. Bei "trans*" z.B. transgeschlechtlich oder transgender. Das hängt von der Selbstbezeichnung der jeweiligen Person ab. Damit auch sprachlich alle gemeint sind, ist es wichtig mit einem "*" auch alle abzubilden.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, Janis Bonn, René Adiyaman, Elena Balke, Henry Soltau, Louisa Albrecht, Jonas Ulbrich

Titel: Mehr Barrierefreiheit

Antragstext

1 Wir verwenden in dem Antrag "(/rw)", um Redewendungen zu kennzeichnen.

2 Die GRÜNE JUGEND NRW setzt folgende Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit um:

3 **Folgende Maßnahmen sind kostenfrei oder günstig:**

4 » Bei **jeder Kommunikation**, Social Media und Veranstaltungen:

5 • **einfache Sprache** verwenden

6 • keine Abkürzungen verwenden

7 • Anglizismen (also aus dem Englischen entnommene Wörter) vermeiden

8 • auf Dauer-Großschreibung oder -Fettschreibung verzichten

9 • alles andere ist für Menschen, die Screenreader*innen nutzen, nicht
10 zugänglich

11 » Bei **Veranstaltungen**:

- 12 • **Schriftdolmetschung** als Standard
- 13 • Durch professionelle Dolmetscher*innen oder in diesem Fall alternativ
14 durch mehrere der anwesenden Personen, die sich abwechseln und möglichst
15 zeitgleich das Gesagte auf einem allen zugänglichen Pad mitschreiben.
- 16 • Redner*innen reichen nach Möglichkeit zu Beginn der jeweiligen
17 Veranstaltung ihren Beitrag schriftlich ein. Es wäre sehr praktisch, wenn
18 schriftliche Begründungen mit geliefert würden.
- 19 • Bei längeren Sitzungen (die sich nicht kürzen lassen) ausreichend
20 **Pauseneinplanen** und einhalten.
- 21 • Hierbei gilt als Richtwert: etwa alle 45 Minuten eine kurze Pause (von ca.
22 5 Minuten) einlegen. Darauf ist bei Präsenz, hybrid und online
23 Veranstaltungen zu achten.
- 24 • Zu Beginn jeder Veranstaltung wird darauf hingewiesen, dass es okay ist,
25 wenn Leute zwischendurch z.B. drei Schritte gehen (/rw) oder rausgehen
26 oder nicht mit ganzer Konzentration dabei sind.
27 » Das ist z.B. für Menschen mit Restless Leg Syndrom, ADHS oder anderen
28 Konzentrationsproblemen wichtig.
- 29 • Ein mündliches & schriftliches Fazit am Ende von Workshops, Vorträgen und
30 Diskussionsrunden oder im Nachgang
- 31 • Möglichst ruhiger Hintergrund und möglichst wenig Nebengeräusche
32 » Dies ist bei Hörbehinderung und auch bei chronischer
33 Migräne/Kopfschmerzen förderlich.
- 34 • **Zeitgrenzen** setzen (Veranstaltung spätestens vorbei bis...) und einhalten
35 » Dies ist u.a. für neurodivergente Personen sowie Personen, die auf
36 Assistenz angewiesen sind, relevant.
- 37 • Bei virtuellen Treffen soll das **Mundbild** gut sichtbar sein
38 » Die Möglichkeit für hörbehinderte und Taube Personen, Lippen zu lesen,
39 bedeutet nicht Barrierefreiheit für diese Gruppen. Es ist dennoch eine
40 gute Möglichkeit, ohne viel Geld vielen Personen dieser Gruppen bessere
41 Teilhabe zu ermöglichen.
- 42 • Alle visuell dargebotenen Informationen (Präsentation, Anträge usw.) schon

43 im Vorhinein zur Verfügung stellen oder zumindest während der
44 Veranstaltung akustisch darbieten
45 » Hilft z. B. Menschen mit geringer Konzentrationsspanne und
46 sehbehinderten Menschen

47 • Auf Dauer-Fettschreibung oder Dauer-Großschreibung ist zu verzichten.
48 » Alles andere ist für Personen, die Screenreader*innen nutzen, nicht
49 zugänglich.

50 • Veranstaltungen in Präsenz zugänglich machen

51 • Bildungsangebote, Workshops und Landesmitgliederversammlungen **hybrid**
52 anbieten. Eine Teilnahme muss sowohl in Präsenz als auch digital möglich
53 sein.
54 » Wir fordern eine konsequente Durchsetzung des Beschlusses der Sommer
55 Landesmitgliederversammlung 2021, wo dies bereits für
56 Landesmitgliederversammlungen beschlossen wurde.

57 » Bei **Social Media**

58 • sämtliche Bilder auf Instagram, Facebook, Twitter, Telegram und in Mails
59 mit **Bildbeschreibungen** versehen

60 • dabei sind die Bildbeschreibungen so zu gestalten, dass sehbehinderte und
61 blinde Personen alle relevanten Informationen daraus ziehen können

62 • alle Videos haben **Untertitel**

63 • möglichst einfache Sprache verwenden, Abkürzungen erklären

64 • Triggerwarnungen und Inhaltshinweise setzen

65 **Folgende Maßnahmen sind mit höheren Kosten verbunden:**

66 » Finanzierung und Organisation von Dolmetschung in Leichte Sprache und Deutsche
67 Gebärdensprache

68 » In Präsenz stattfindende **Mitgliederversammlungen barrierefrei** gestalten:

- 69 • **Schlafmöglichkeiten** für z.B. gehbehinderte oder neurodivergente Menschen.
70 Das heißt: ohne Aufpreis und in angemessener Anzahl Personen Zugang zu
71 wirklich rollstuhlgerechten Betten und Zimmern geben.

- 72 • Jugendherbergen sind oft für bestimmte Menschen nicht ausreichend
73 barrierefrei. Bei Menschen, die nicht in Jugendherbergen oder Turnhallen
74 schlafen können, übernimmt die Grüne Jugend **Hotelkosten** zumindest zu 50%.
75 Bei Personen, die die anderen 50% nicht tragen können, müssen die vollen
76 Kosten von Landesverband übernommen werden.

- 77 • **Akustik**, die hörbehinderten und Tauben Menschen Teilhabe ermöglicht (z.B.
78 gute Isolierung, Ausstattung mit ausreichenden und gut funktionierenden
79 Mikrofonen)

- 80 • Deutlich mehr Rückzugsmöglichkeiten z.B. für neurodivergente Personen

- 81 • **Stellvertretende Abstimmung** ermöglichen: ein*e Wahlhelfer*in (ggf mit
82 eidesstattlicher Erklärung) stimmt für eine andere Person ab, mit der
83 der*die Wahlhelfer*in währenddessen in Kontakt ist. Dieser Kontakt kann
84 telefonisch, per Mail / Messenger sein. Oder die Person ist in Präsenz
85 anwesend.

- 86 • » Das ermöglicht schon heute die Abstimmung von blinden Personen. Wir
87 fordern, dass diese Möglichkeit z.B. auch Personen, die nicht in Präsenz
88 teilnehmen können, zur Verfügung steht.

- 89 • Eine verkürzte Teilnahme vereinfachen: Personen den Raum zum Networking &
90 Co geben, ohne die ganze Zeit anwesend zu sein.

- 91 • Hierbei wäre eine detaillierte Beschreibung der Workshops und Treffen
92 sinnvoll. Menschen können damit entscheiden, an welchen sie teilnehmen
93 wollen. Außerdem sind genaue Protokolle anzufertigen. Diese werden allen
94 Mitgliedern über die Grüne Wolke zur Verfügung gestellt. Zudem sollte ein
95 Link zu dem Protokoll per Mail allen zugeschickt werden.

- 96 • **Entlastende Optionen** wie die Möglichkeit bei der Essensausgabe schneller
97 dranzukommen und ruhige Bereiche zum Essen
98 » auch das wäre u.a. für neurodivergente Personen sehr entlastend

- 99 • Behinderte, chronisch und oder psychisch kranke Menschen sind **in die**
100 **Planung miteinzubeziehen**

101 **"Neurodivergent"** wird unterschiedlich definiert.

102 Unter alle Definitionen fallen Autist*innen, Menschen mit ADHS, Dyslexie (Lese-
103 Rechtschreib-Störung)

104 Bei manchen fallen auch Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen oder
105 hochbegabte & hochsensible Menschen

106 Neurodivergent sagt aus, dass das Denken und Fühlen von der gesellschaftlich als
107 "Norm" angesehenen Weise abweichen.

Begründung

Diese Rede zum Antrag für mehr Barrierefreiheit, für Menschenrechte hält heute keine Betroffene Person. An dieser Landesmitgliederversammlung nehmen nur sehr wenige von uns Teil. Der Grund? Fehlende Zugänglichkeit. Wir können zwar Anträge stellen, aber wir haben nicht die gleiche Chance, diese auch einzubringen.

Damit sich das ändert, fordern wir die obigen Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit.

"NRW? Lass mal ändern!" - ist überall zu lesen. Wir wollen viel anpacken und ändern. Bedeutende Bereiche sind Bildung, Verkehr und Mieten. Alles wichtige Themen, keine Frage. Aber wieso es dabei belassen?

Die Grünen Jugend NRW sieht sich als linke offene Jugendorganisation, die stachelig für ein besseres NRW kämpft und sich auch stetig selbst reformiert.

Wir sind basisdemokratisch, wir stehen hinter BIPOC und FINTA* Personen und haben z.B. das wichtige FINTA* Statut.

Aber was ist mit den Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen, psychischen Erkrankungen? Was ist mit neurodivergenten Personen? Ja, es gibt uns in der GJ NRW. Manchmal seht ihr uns, aber immer nur Einzelne. Und das nicht, weil wir keine Zeit haben oder wenig aktiv sind. Nein, weil die Barrieren zu hoch und oft unüberwindbar sind.

BIPOC steht für Black (Schwarz), Indigenous (indigen) und People of Color. Also für Menschen, die von Rassismus betroffen sind.

FINTA* steht für Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Geschlechtes Diskriminierung erfahren.

Posts des Landesverbandes, aber auch von Ortsgruppen und Bezirksverbänden sind **heute** zumeist nicht barrierefrei. Das fällt vielen von uns sicherlich nicht (direkt) auf.

Für Menschen mit **Sehbehinderung** ist es aber z.B. eine unüberwindbare Hürde. Es macht ein Mitwirken, ein Aktiv-Sein und Sich-Einbringen sehr schwer bis unmöglich. Eine Beschreibung à la "Sharepic mit Infos zum Workshop" ist keine Bildbeschreibung.

Diesem kurzen Satz fehlen wichtige Elemente. Stell dir vor, du kannst das Sharepic nicht sehen, was würdest du gerne darüber lesen wollen? Doch sicherlich, was zu sehen ist, wie das Design aussieht und was drauf steht. Eine Beschreibung sollte dies also beinhalten. Das gleiche gilt für Bildelemente auf der Grünen Jugend NRW Website.

Ebenso sind Untertitel bei allen Videos wichtig und müssen Standard werden. Damit wir andere Mitglieder und Menschen nicht unnötig triggern, müssen wir zudem **Triggerwarnungen** geben. Natürlich können nicht alle Bereiche, die potentiell Personen triggern, aufgezählt werden. Dennoch sind nicht vollständige Triggerwarnungen besser als gar keine.

Rücksicht sollte selbstverständlich werden. So tragen wir zu einem besseren Miteinander und einer inklusiveren Grünen Jugend NRW bei.

Wer kennt es nicht? Wir lesen die Texte und Anträge im Antragsgrün und wissen an der ein oder anderen Stelle nicht, was überhaupt gemeint ist. Es passiert oft, dass eigene Texte für andere schwer verständlich sind, da der Wissensstand unterschiedlich ist. Das betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung, chronischen und oder psychischen Erkrankungen. Viele Mitglieder kennen einzelne Begriffe nicht oder verstehen ganze Passagen nicht.

Hier sehen wir auch, wie Ableismus und **Klassismus** verschränkt sind. So ist die recht akademische Sprache auch für viele Arbeiter*innen schwer zu verstehen. Oder für Menschen, die noch nicht so lange in Deutschland leben.

Das ist ein Problem, dem wir leicht Rechnung tragen (/rw), indem wir **einfache Sprache** nutzen.

Einfache Sprache ist nicht das gleiche wie Leichte Sprache. Leichte Sprache hat eine eigene Grammatik und Regeln. Einfache Sprache bedeutet - einfach gesagt: Verständlich sprechen und schreiben. Fachbegriffe vermeiden und erklären. Nicht zu lange Sätze.

Ebenso wichtig sind eine konsequente Schriftdolmetschung und auch Dolmetschung in Deutsche Gebärdensprache. Das gilt nicht nur für Beschlüsse und Ordnungen, sondern auch für jedes noch so kleine Video. Bis heute fehlen oft grundlegende Maßnahmen wie Untertitel.

Wir müssen endlich für alle Menschen zugänglich werden - wie sonst wollen wir marginalisierte Gruppen

nicht hintenüber fallen lassen?

Dazu gehört natürlich auch: Medien bereits vor Beginn von Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Das heißt z.B.: schriftliche Begründungen für Anträge einreichen.

Und dazu gehören auch **hybride** Veranstaltungen. Nur wenn wir alle Workshops, Landesmitgliederversammlungen und andere Veranstaltungen hybrid anbieten, nehmen wir auch all unsere Mitglieder mit. Seien es nun Menschen, für die die örtlichen Gegebenheiten nicht barrierefrei sind. Seien es Menschen, die z.B. nicht lang genug still sitzen können. Oder Menschen, für die so viele Menschen auf einmal einfach nicht zu händeln sind. Oder seien es Menschen, die keine Maske tragen *können* und für die diese Veranstaltungen ein großes Risiko sind. Die Grünen machen es in manchen Bereichen vor - lasst uns zeigen, dass wir das auch können. Lasst uns zeigen, dass wir das gut können und dass es eine Bereicherung für unseren gesamten Verband ist.

Auf einen Punkt möchten wir noch eingehen. Er betrifft auch die **Landesmitgliederversammlungen**:

Neben Dolmetschung und hybrider Durchführung braucht es auch Nachbesserungen vor Ort.

Bestimmte Menschen mit Behinderung sind heute von einer mehrtägigen Teilnahme faktisch ausgeschlossen. Zum Beispiel, weil sie die angebotenen Schlafmöglichkeiten nicht nutzen können. Es ist unfassbar schade, dass viele von uns keine Stimme bekommen - sei es, an Workshops teilzunehmen, Reden zu halten und abzustimmen. Ja, es sind in aller Regel (/rw) genug Leute da, damit Beschlussfähigkeit gegeben ist. Aber was ist das für ein Zeichen an unsere Mitglieder und potenzielle Neumitglieder, wenn wir uns darauf ausruhen?

Erklärung Beschlussfähigkeit: Damit Entscheidungen gültig sind, muss ein gewisser Anteil aller Mitglieder anwesend sein.

Denkt mal an eure Schule bzw. eure Schulzeit, wenn ihr schon fertig seid. Wir kennen ja alle die 45 Minuten Unterricht und dann 5 Minuten Pause. Ich glaube, wir wissen alle, dass selbst 45 Minuten oft laaaaaang sind.

Vielleicht habt ihr selber ADHS oder eben Mitschüler*innen mit ADHS. ADHS ist aber nur ein Beispiel. Leute mit dem Restless Leg Syndrom und manche Menschen mit Spastiken haben teils große Schwierigkeiten, für längere Zeit still zu sitzen und brauchen Bewegungspausen. Andere, wie Menschen mit sozialer Angst oder Autist*innen, brauchen Rückzugsmöglichkeiten für Erholungsphasen vom Zusammensein mit so vielen Menschen.

Und trotzdem - 45 Minuten und dann 5 Minuten Pause. Das klingt schon besser als die Längen vieler politischen Sitzungen und Treffen. Für die genannten Personengruppen sind Pausen besonders wichtig.

Natürlich, Sitzungen können dann noch länger dauern - das will von uns auch keine*r. Und trotzdem - wir

nehmen uns Zeit für Vieles. Das sollte auch für Barrierefreiheit gelten.

Gleichzeitig ist es super wichtig, zu überlegen, an welcher Stelle Treffen **verkürzt** werden können.

Ja, es ist für Redner*innen ungewohnt, wenn die Zuhörenden sich bewegen, aufstehen oder rausgehen. Daran sollten wir uns wohl gewöhnen. Wir sollten eine positive, eine rücksichtnehmende Atmosphäre schaffen. Es ist wichtig, dass wir ausdrücklich sagen: Es ist okay, mitten in einer Rede aufzustehen. Es ist okay, ein paar Meter zu gehen, den Raum zu verlassen. Trinken und essen ist nicht unhöflich, sondern akzeptiert. Das hilft nicht nur vielen von uns, sondern schafft gleichzeitig eine lockere, willkommenheiße Atmosphäre.

Es wäre für viele Behinderte, chronisch / psychisch kranke und oder neurodivergente Personen eine große Erleichterung, wenn wir Redner*innen auf andere Weise Respekt bzw. Anerkennung entgegenbringen können. Wenn wir unseren Bedürfnissen nachgehen könnten, ohne die Bedürfnisse und Gefühle anderer Menschen zu verletzen.

Barrierefreiheit und das Recht auf gleichberechtigte und uneingeschränkte Teilhabe sind **Menschenrechte**.

Und sollten damit nicht zur Diskussion stehen.

V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Lena Cornelissen, Koi Katha Blaeser, Janis Bonn, René Adiyaman, Elena Balke, Henry Soltau, Louisa Albrecht, Jonas Ulbrich

Titel: Lass mal GJ NRW inklusiver machen

Antragstext

1 Ein Paar Hinweise vorweg:

- 2 • GJ steht für Grüne Jugend.
- 3 • Wir verwenden in dem Antrag "(/rw)", um Redewendungen zu kennzeichnen.

4 **Zunächst einmal eine Worterklärung: Ableismus** bezeichnet die Diskriminierung
5 Behinderter, chronisch / psychisch kranker und oder neurodivergenter Menschen.

6 Die Grüne Jugend NRW setzt folgende Maßnahmen für Barrierefreiheit, Inklusion
7 und gegen Ableismus um:

8 Im Bereich **Website** sind folgende Punkte umzusetzen:

9 » Für jegliche nicht-Text Elemente werden (Bild-)Beschreibungen angegeben.

- 10 • Darunter fallen z.B. Fotos, Sharepics oder Schaubilder. Sharepics bestehen
11 entweder nur aus Text-Elementen oder auch aus Bildern. Sharepics sollen
12 Inhalte auf Social Media vermitteln.

13 » Jegliche Texte, Anträge und sonstige Dokumente gibt es zusätzlich in einfacher
14 Sprache. Diese müssen leicht gefunden werden können. Zum Beispiel als extra

15 Kategorie auf der Website.

16 Im Bereich **Social Media** sind folgende Punkte umzusetzen:

17 Social Media Posts zumindest zu wichtigen (**Gedenk-)**Tagen der Behinderten
18 Community.

19 • Mögliche Tage wären der Disability Pride Month (Juli), Protesttag zur
20 Gleichstellung von Behinderten Menschen (05.05.), Internationaler Tag
21 Behinderter Menschen (03.12.). Und dann gibt es natürlich noch wichtige
22 Ereignisse. 2021 waren das z.B. die Morde in Potsdam oder der
23 Maskenskandal. Der Maskenskandal sind Pläne des Gesundheitsministeriums,
24 kaputte Masken an Behinderte und arme Menschen zu verteilen.

25 • Fehlen dem Landesvorstand oder dem Social Media Team die Kapazitäten,
26 diese Posts selbst zu machen, wird die Vernetzungsgruppe Behinderung,
27 chronische und oder psychische Erkrankungen angefragt.

28 • Die betreffenden Post thematisieren auch das Thema Ableismus.

29 Alle Posts werden **barrierefrei**. Dazu werden Bildbeschreibungen angegeben, die
30 alle(!) Bildinhalte wiedergeben. Ebenso konsequent fordern wir:

31 • Erklärungen von Abkürzungen

32 • Einfache Sprache

33 • Untertitel

34 • Triggerwarnungen und Inhaltshinweise

35 Im Bereich **Weiterbildung** sind folgende Punkte umzusetzen:

36 • Workshops zur Weiterbildung und Sensibilisierung von Landesverband,
37 Awareness Team und Landesvorstand zum Thema Ableismus

38 • Workshops zur Weiterbildung und Sensibilisierung von Ortsgruppen und
39 Bezirksverbänden

40 • Hierfür könnten auch erst mal Materialien digital zur Verfügung gestellt

41 werden. Zum Beispiel Präsentationen und Videos.

- 42 • Die Workshops werden stets von Behinderten, chronisch / psychisch kranken
43 und oder neurodivergenten Expert*innen gemacht. Diese werden angemessen
44 für ihre Arbeit bezahlt.

45 Zugang zur **Vernetzungsgruppe**:

- 46 • Auf jeder Landesmitgliederversammlung ist ein Vernetzungstreffen für
47 Menschen mit Behinderungen, chronischen und oder psychischen Erkrankungen
48 anzubieten.

Begründung

Posts des Landesverbandes, aber auch von Ortsgruppen und Bezirksverbänden sind heute zumeist nicht barrierefrei. Das fällt vielen von uns sicherlich nicht (direkt) auf.

Für Menschen mit Sehbehinderung ist es aber z.B. eine unüberwindbare Hürde. Es macht ein Mitwirken, ein Aktiv-Sein und Sich-Einbringen sehr schwer bis unmöglich. Eine Beschreibung á la "Sharepic mit Infos zum Workshop" ist keine Bildbeschreibung.

Diesem kurzen Satz fehlen wichtige Elemente. Stell dir vor, du kannst das Sharepic nicht sehen, was würdest du gerne darüber lesen wollen? Doch sicherlich, was zu sehen ist, wie das Design aussieht und was drauf steht. Eine Beschreibung sollte dies also beinhalten. Das gleiche gilt für Bildelemente auf der Grünen Jugend NRW Website.

Wer kennt es nicht? Wir lesen die Texte und Anträge im Antragsgrün und wissen an der ein oder anderen Stelle nicht, was überhaupt gemeint ist. Es passiert oft, dass eigene Texte für andere schwer verständlich sind, da der Wissensstand unterschiedlich ist. Das betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung, chronischen und oder psychischen Erkrankungen. Viele Mitglieder kennen einzelne Begriffe nicht oder verstehen ganze Passagen nicht.

Hier sehen wir auch, wie Ableismus und Klassismus verschränkt sind. So ist die recht akademische Sprache auch für viele Arbeiter*innenkinder schwer zu verstehen. Oder für Menschen, die noch nicht so lange in Deutschland leben.

Das ist ein Problem, dem wir leicht Rechnung tragen (/rw), indem wir **einfache Sprache** nutzen.

Einfache Sprache ist nicht das gleiche wie Leichte Sprache. Leichte Sprache hat eine eigene Grammatik und Regeln. Einfache Sprache bedeutet - einfach gesagt: Verständlich sprechen / schreiben, Fachbegriffe

vermeiden und erklären, nicht zu lange Sätze usw.

Bewusst ist nur, was sichtbar ist. Leider ist Ableismus heute meist unsichtbar. Das wollen und das müssen wir ändern. Das fängt mit kleinen, finanziell kostenlosen Dingen an wie Social Media Posts zu Aktionstagen und -wochen. Das geht weiter mit Workshops zur Weiterbildung und Sensibilisierung.

Bisher wird dem Thema Behinderung nur am 03.12. etwas Raum gewidmet. Ableismus wird heute gar nicht thematisiert.

Damit wir Probleme, Ableismus und Baustellen erkennen und angehen können, brauchen wir den Dialog mit betroffenen Expert*innen. Wir brauchen Workshops auf allen Ebenen, um ein wertschätzenderes, barrierefreies Miteinander zu schaffen. Dabei ist es wichtig, dass Orts-, Kreis-, Bezirksverbände, der Landesverband und Landesvorstand **geschult** werden. Wir müssen ein Mitwirken, ein Aktiv-Sein und Sich-Einbringen auf allen Ebenen möglich machen. Tun wir das nicht, machen wir eine ganze marginalisierte Gruppe* unsichtbar.

*bzw. Gruppen, da natürlich die Gruppe(n) Behinderter, chronisch kranker, psychisch kranker und oder neurodivergenter Menschen sehr vielfältig ist / sind.

Und da wir eine marginalisierte Gruppe sind, da wir überall auf Hürden und Barrieren stoßen, brauchen wir eine flächendeckende Vernetzung. Es ist unglaublich wichtig, mit anderen reden zu können, die ähnliche Erfahrungen machen. So können wir uns gegenseitig empoweren, uns Mut machen. Deswegen sind hybride Vernetzungstreffen auf allen Landesmitgliederversammlungen überaus wichtig und müssen weiter angeboten werden. **Hybrid** bedeutet, dass Personen sowohl digital als auch in Präsenz teilnehmen können. Wenn wir merken, dass wir mit unseren Struggles (Kämpfen) nicht alleine sind, motiviert das in der Grüne Jugend NRW jung, grün und stachelig aktiv zu sein und Politik zu gestalten.

"**Neurodivergent**" wird unterschiedlich definiert.

Unter alle Definitionen fallen Autist*innen, Menschen mit ADHS, Dyslexie (Lese-Rechtschreib-Störung)

Bei manchen fallen auch Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen oder hochbegabte & hochsensible Menschen

Neurodivergent sagt aus, dass das Denken und Fühlen von der gesellschaftlich als "Norm" angesehenen Weise abweichen.

FINTA* steht für Frauen, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen. Das Sternchen steht für weitere Menschen, die aufgrund ihres Geschlechtes Diskriminierung erfahren.

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am: 03.04.2022)

Titel: Mentale Gesundheit ernst nehmen!

Antragstext

1 Mentale Gesundheit in der Schule

2 Mentale Gesundheit – was ist das eigentlich? Psychisches Wohlbefinden meint
3 nicht nur die Abwesenheit von Krankheit, sondern auch einen Zustand, indem das
4 eigene Potential verwirklicht und angemessen mit Belastungen umgegangen werden
5 kann und stellt somit die Grundlage für ein zufriedenes Leben dar. Dass dieses
6 Thema kaum oder gar nicht in Bildungseinrichtungen thematisiert wird, bedingt
7 vielseitige Probleme. Vor allem im jungen Alter, wo wichtige Bausteine unserer
8 psychischen Stabilität gelegt werden, sollte ein Fokus auf mentale Gesundheit
9 gelegt werden, besonders im Zusammenhang mit Faktoren wie Selbstidentität,
10 sexueller Orientierung und Diskriminierungsformen wie Rassismus und Sexismus.
11 Insbesondere queere Menschen und Menschen mit Diskriminierungserfahrungen
12 erleben überdurchschnittlich häufig psychische oder mentale Erkrankungen. Eine
13 Thematisierung im Unterricht kann helfen, Stigmata abzubauen und motivieren,
14 sich Hilfe zu suchen. Dazu muss das Schulpersonal sowohl im Bereich mentale
15 Gesundheit als auch übergreifend zu verschiedenen Diskriminierungsformen
16 geschult sein bzw. fortgebildet werden. Auch braucht es Expert*innen und
17 Sozialpädagog*innen an Schulen zusätzlich zu den üblichen
18 Vertrauenslehrer*innen, um Hürden abzubauen und Benotung von privaten Themen
19 abzukoppeln. Für Bildung im Bereich mentale Gesundheit – von der Grundschule bis
20 zum Abschluss!

21 Die GRÜNE JUGNED NRW fordert:

- 22 • Mentale Gesundheit als Lehrthema in den Lehrplan

- 23 • Fortbildungen zum Thema Mentale Gesundheit für Personal an der Schule
- 24 • Expert*innen in den Schulen einstellen
- 25 • Sozialpädagog*innen zusätzlich zu Vertrauenslehrer*innen
- 26 • schon früh in der Grundschule die Stigmatisierung für das Reden über
- 27 Gefühle abbauen

28 **Studium und Ausbildung**

29 Der Studien- bzw. Ausbildungsweg im Bereich Psychotherapie ist lang und mit
30 hohen Kosten verbunden. Durch die Einführung eines neuen Studiengangs ist die
31 Abschlusszeit von 8 auf 5 Jahre verkürzt worden, nichtsdestotrotz sind die
32 Studienplätze rar und die Ausbildung kostenintensiv. Um eine bedarfsgerechte
33 Versorgung zu garantieren, müssen mehr Studien- und Ausbildungsplätze kostenfrei
34 angeboten werden. Auch muss das Ausbildungsgehalt in Berufen im Umfeld
35 psychologischer Betreuung wie z.B. Klinikpersonal deutlich erhöht und die
36 Arbeitsbedingungen verbessert werden!

37 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 38 • mehr Studien- und Ausbildungsplätze im Bereich psychische Gesundheit
- 39 • ein deutlich höheres Ausbildungsgehalt
- 40 • das Arbeitspensum in Ausbildung und Studium reduzieren

41 **Strukturelle Versorgung**

42 Die Möglichkeit, sich Hilfe bei psychischen Problemen zu holen, muss für alle
43 bestehen. Aktuell sind Wartezeiten von bis zu 9 Monaten auf eine ambulante
44 Therapie normal. Das muss sich auf jeden Fall ändern! Einen Therapieplatz zu
45 finden, muss niedrigschwellig und zeitnah möglich sein, denn oft ist sofortige
46 Hilfe gebraucht. Die derzeitige Menge an Kassensitzen, welche allen Nutzer*innen
47 gesetzlicher Krankenkassen zusteht, ist viel zu gering und muss endlich
48 bedarfsgerecht und nicht mehr ökonomisch berechnet werden. Auch braucht es eine
49 bessere Ausstattung und wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für Klinikpersonal
50 und psychische Einrichtungen, um mentale Gesundheit für alle verwirklichen zu
51 können. Schließlich sollte nicht bei der mentalen Gesundheit der einen die
52 Gesundheit der anderen aufs Spiel gesetzt werden. Um eine flächendeckende

53 Versorgung möglich zu machen, braucht es zudem eine Vielzahl an öffentlichen
54 Anlaufstellen bei Beeinträchtigung der mentalen Gesundheit, nicht nur an
55 Bildungseinrichtungen, sondern auch am Arbeitsplatz. So kann einer Überlastung
56 der ambulanten und stationären Therapie vorgebeugt werden.

57 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert:

- 58 • maximal 4 Wochen Wartezeit für ambulante Therapie
- 59 • ein bedarfsorientiertes Angebot von Kassenplätzen
- 60 • bessere Ausstattung und Arbeitsbedingungen für Personal in Kliniken und
61 Praxe
- 62 • mehr öffentliche Anlaufstellen für Menschen mit Beeinträchtigung der
63 Mentalen Gesundheit, damit vorzeitige Diagnosen oder falsche Diagnosen für
64 eine Behandlung überflüssig werden

Begründung

Erfolgt mündlich.